

Aus: [Ausgabe vom 13.12.2017](#), Seite 4 / Inland

Parlament der Wohnungslosen

Berliner Aktivisten rufen kurz vor Winterbeginn Versammlung aus

Von Anselm Lenz



Galionsfigur des Wohnungslosenparlamentes: Die sympathische Berliner Rentnerin Anni Lenz (gest. 2016) erschien auf Wahlplakaten zum Thema Wohnungsnot und Verdrängung
Foto: Wolfram Kastl/dpa

Ein Wohnungsloser ist definitionsgemäß ein Mensch, der über keinen mietvertraglich abgesicherten Wohnraum verfügt und auch über kein Eigenheim. Die Zahl dieser Menschen ist in der BRD der Gegenwart exorbitant hoch; sie umfasst Obdachlose auf der Straße, die schärfste Form der Wohnungslosigkeit, aber auch Couchsurfer, Menschen in informellen Wohngemeinschaften, Flüchtlingsunterkünften und Untergeschlüpfte. Also alle, die kein Zuhause haben. Die Bundesarbeitsgemeinschaft Wohnungslosenhilfe e. V. (BAGW) stellte im November eine Zahl von statistisch errechneten 860.000 Wohnungslosen fest (siehe *jW*-Titel vom 15.11.). Für 2018 werden 1,2 Millionen vorhergesagt – eine weitere Steigerung von 50 Prozent.

»Es gibt viele Vertretungen für Wohnungslose, aber die sind von Sozialarbeitern oder Verbänden«, sagt die dänische Aktivistin Petra Møller gegenüber *jW*. Sie organisiert mit ihren Mitstreitern das Wohnungslosenparlament, das am kommenden Samstag erstmals tagen soll. »Wir möchten jetzt ein eigenes berlinweites Gremium.« Rund 80 Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe seien daran beteiligt. Die Idee dafür habe es schon länger gegeben. Ausschlaggebend sei die »Arbeitsgemeinschaft Partizipation« gewesen. »Wir waren aber auch von der Kraft der Aktionen an der Volksbühne beeindruckt«, so Møller über die seit April des Jahres stattfindenden Versammlungen am zentralen Berliner Rosa-Luxemburg-Platz mit dem früheren Arbeiter- und Avantgardetheater. »Das hat uns extrem Mut gemacht, wir wollen das als Bühne für unsere Beschlüsse nutzen.«

Am kommenden Samstag soll ein erstes großes Plenum zunächst in Schöneberg stattfinden. »Rechtswirksame Beschlüsse kann das Parlament erst einmal nicht fassen«, so Møller, »weil es keine Exekutive gibt«. Daher nehme das Parlament zunächst eine beratende Funktion ein. »Wir wollen wissen: Wie viele Wohnungen darf eine Einzelperson oder ein Unternehmen besitzen, während andere in Not sind?« Møller schreibt die Frage eines Wohnungslosen auf ein Flipchart im ältesten Jugendzentrum der Stadt Berlin, seit jeher scherzhaft »Drugstore« genannt. In den großzügigen Räumen in der Potsdamer Straße 180 soll das Parlament der Unbehausten am Samstag ab 12 Uhr mittags tagen.

Der Fragensteller, er nennt sich Aki, ist seit drei Monaten wohnungslos, berichtet er. Im Neuköllner Körnerkiez sei er von einem kinderlosen Paar junger Erben rausgemobbt worden, obwohl er und seine Frau gerade ein Baby bekommen hatten. »Die sahen immer aus wie öko, waren aber eiskalt«, beschreibt er die Hauskäufer, die nebenan einzogen und eine zweite Wohnung dazu haben wollten. Beim Gerichtstermin habe die Amtsrichterin jeden Blickkontakt mit dem Neugeborenen vermieden – und die Kündigung für wirksam erklärt. Eine Wohnung sei nicht zu finden gewesen, so Aki. »Jetzt leben wir erst mal bei Freunden in Buckow.« Er müsse neuerdings jeden Tag mehr als drei Stunden Fahrtwege zur Arbeit in Kauf nehmen. »Aber nur, wenn die BVG ausnahmsweise mal korrekt funktioniert.« Bus und Bahn seien mittlerweile extrem unzuverlässig und zudem schlecht abgestimmt.

»Wenn unmittelbar Betroffene die Stimme erheben, finde ich das gut«, sagt Ulrich Ropertz vom Deutschen Mieterbund (DMB) am Dienstag gegenüber *jW* zum Thema des Wohnungslosenparlaments. Notwendig ist das allemal. Es gehört nicht zum Staatsziel der Bundesrepublik, dass die Bewohner des Landes behaust sind.

Laut Møller würden jedoch zunächst Bundesregierung und Berliner Senat die Beschlüsse des Wohnungslosenparlaments erhalten – um sie umzusetzen. Das Vertrauen müsse noch einmal gewährt werden. »Eine letzte Chance verdient jeder.«